## **Abwägung**

zu den Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden, der sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit

# zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III"

Vorentwurf



Stand: 13.10.2021

Abw	vägung zu den Stell	ungnahmer	ı zum Beba	nuungsplanverfahren "Wohnbebauung Hele	enenstraße III" - Vorentwurf					
lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung	Beschlussfassur Abstimmung				
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung	
Behö	rden und sonstige Träger ö	offentlicher Bela	nge							
1	MIL/SenStadt Gemeinsame Landespla- nungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg Referat GL 5 Henning-von-Tresckow- Straße 2-8 14467 Potsdam	30.08.2021	09.09.2021	Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst.  Erläuterungen Zur Begründung verweisen wir auf die Stellungnahme zur Zielanfrage vom 29.03.2021.  Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung des Vorhabens - Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBI. I S. 235) - Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBI. II, Nr. 35)  Hinweise Wir empfehlen, das für die landesplanerische Bewertung der Planung erhebliche Ziel 5.6 LEP HR (Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung) in das Kap. 1.3.1 der Begründung zu integrieren.  Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung Ihrer Planungsabsicht geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.  Wir bitten (zur Sicherung der Übermittlung trotzt der Coronabedingten Sondersituation), • Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur in digitaler Form durchzuführen; • Bei Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 Abs. 4 Ziff. 1-3 BauGB oder die Einstellung von Verfahren (vgl. Artikel 20 des Landesplanungsvertrages) den Plan bzw. die Satzung und seine Bekanntmachung in digitaler Form als pdf-Datei per E-Mail zu übersenden (oder alternativ mit Download-Link, - keine CD/DVD -); • Dafür ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen:	Dem Hinweis wird gefolgt.					

lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung		lussfas ımung	sung,	
INI.		alli	namie vom		Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung
				gl5.post@gl.berlin-brandenburg de. Informationen für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten gemäß Artikel 13 der EU-Datenschutzgrundverordnung erhalten Sie über folgenden Link: https://gl.berlin-brandenburg.de/service/ infopersonenbezogene-daten-gl-5.pdf.					
2	Landesamt für Bauen und Verkehr Dezernat 21 Gulbener Straße 24 03046 Cottbus	30.08.2021	14.09.2021	Den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß "Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, S. 575) geprüft.  Gegen den vorliegenden Bebauungsplan mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von zwei Einfamilienhäusern geschaffen werden sollen, bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes keine Einwände.  Durch die Aufstellung des Bebauungsplans werden Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV nicht berührt.  Für die vorgenannten Verkehrsbereiche liegen mir Informationen zu Planungen oder sonstigen Maßnahmen, die das Vorhabensgebiet betreffen könnten nicht vor.  Eine Beurteilung des vorliegenden B-Plans aus ziviler luftrechtlicher Sicht erfolgt gesondert durch die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV).  Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.					
3	Gemeinsame Obere Luft- fahrtbehörde Berlin-	30.08.2021	18.12.2020	Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zu dem Entwurf (Stand: August 2021) zum Bebauungsplan "Wohnbebauung					

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, Ifd. Anschrift beteiligt Stelluna-Hinweise, Auflagen Abwägung **Abstimmung** nahme vom Nr. am Anja nein Ent-Stand 13.10.2021 wehaltsentung de Brandenburg Helenenstraße 3" wird von Seiten der gemeinsamen Oberen Mittelstraße 5/5a Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf 12529 Schönefeld § 31 Abs. 2 Nr. 7-9 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen: 1. Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB. 2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftrechtlicher Sicht durch den o. g. Bebauungsplan nicht berührt. 3. Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen den Entwurf Keine Abwägung erforderlich. des Bebauungsplanes "Wohnbebauung Helenenstraße III". Begründung: Das im Kartenmaterial ausgewiesene Plangebiet zu dem Entwurf (Stand: August 2021) des Bebauungsplanes "Wohnbebauung Helenenstraße III" liegt ca. 1,5 km vom Flugplatzbezugspunkt (FBP) des SLP Finsterwalde-Schacksdorf entfernt. Durch die Lage des Geltungsbereiches und die geplanten Festsetzungen der Höhe auf zwei Vollgeschossen ist eine Beeinträchtigung ziviler luftfahrtrechtlicher Belange nicht zu erwarten. 1. Sollte die Darstellungen und/oder Planzeichnungen ge-Hinweis 1 wird zur Kenntnis genommen. ändert werden, reichen Sie die entsprechenden Planunterlagen bitte erneut zur Prüfung ein. 2. Der Vollständigkeit halber weise ich bereits hier darauf Hinweis 2 wird in die Begründung aufgenommen. hin, dass sich die Genehmigungspflicht ggf. auch auf temporäre Luftfahrthindernisse erstreckt. D. h. der Einsatz von Baugeräten/Kränen Bauhilfsmitteln ist ggf. durch die das Baugerät betreibende Firma bei der zuständigen zivilen Luftfahrtbehörde rechtzeitig zu beantragen. 3. Zur Abklärung militärischer Belange empfehle ich Ihnen, Hinweis 3: der TÖB wurde im Verfahren beteiligt. das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienst-

							lussfas	sung,	
lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung		nmung	<u>.</u>	
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung
4	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abt. Prakt. Denkmalpflege Wünsdorfer Platz 4-5 15838 Zossen OT Wüns-	30.08.2021		leistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Postfach 2963, 53019 Bon zu beteiligen.  4. Die Beteiligung im o. g. Verfahren gilt nicht als ggf. erforderliche luftrechtliche Zustimmung / Genehmigung im (Bau-) Genehmigungsverfahren.  5. Das Plangebiet befindet sich möglicherwiese im Anlagenschutzbereich von zivilen Flugsicherungseinrichtungen (Radaranlagen). Gem. § 18a LuftVG (Anlagenschutzbereiche von Flugsicherungsanlagen) dürfen Bauwerke nicht errichtet werden, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können (Bauverbot). Ob und inwieweit solche Störungen gegeben sein könnten, entscheidet das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF). Die Prüfung i.V.m. einer Entscheidung des BAF gem. § 18a LuftVG kann die Luftfahrtbehörde erst innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens veranlassen.  Ich bitte u, Übergabe eines Abwägungsprotokolls an meine Behörde.	Zum Hinweis 5 erfolgte über die 3D-Kartenanwendung des BAF eine Vorprüfung.  Mit Vorprüfungs-Report vom, 13.10.2021 wurde seitens des BAF folgendes Ergebnis der Belegenheitsprüfung gemäß § 18a Abs. 1a LuftVG mitgeteilt:  Kein Anlagenschutzbereich betroffen (Status grün)  Dem Hinweis wird gefolgt.  Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
5	dorf Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abt. Bodendenkmalpflege Juri-Gagarin-Straße 17 03046 Cottbus	30.08.2021	31.08.2921	Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abteilung Archäologische Denkmalpflege nimmt als Träger öffentlicher Belange gem. § 1 Abs. 5 Ziff. 5 BauGB unter Hinweis auf das Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg - Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz (BbgD-SchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBI. I, S. 215) als zuständige Denkmalfachbehörde zu o. g. Vorhaben wie folgt Stellung:  Den vorliegenden Entwurf der o. g. Planung habe ich geprüft. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind Boden-	Keine Abwägung erforderlich. Die gegebenen Hinweise sind bereits in der Begründung zum Planvorentwurf enthalten.				

lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung	Beschlussfassung, Abstimmung				
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung	
6	Handelsverband Berlin- Brandenburg e.V. Fürstenwalder Poststr. 86 15234 Frankfurt/Oder	30.08.2021	23.099.2021	denkmale nicht betroffen.  Seitens der Denkmalfachbehörde, Abt. Archäologische Denkmalpflege bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planungsabsichten der Stadt Finsterwalde. Die Belange des Bodendenkmalschutzes sind nach Maßgabe des BbgDSchG zu beachten.  Bitte beachten: Da durch das Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.  vielen Dank, dass Sie den HBB regelmäßig beteiligen und vorsorglich auf die Registrierung im Planungsportal Brandenburg hinweisen.  Gern möchte ich Sie darüber informieren, dass der HBB im Rahmen seiner Querschnittsaufgabe Landesplanung vielfache Beteiligungsvorgänge aus beiden Bundesländern erhält und bisher im Rahmen seiner Möglichkeiten sich somit fachlich und sachlich mit fristgerechten Stellungnahmen einbringen konnte.  Insofern ist Ihr Hinweis im Anschreiben vom 30.08.2021 auf die wahrzunehmenden Belange im Zusammenhang der Aufstellung des hier vorliegenden B-Planes im Vorentwurf als frühzeitige Beteiligung wichtig, da sich dann wg. "Wohnbebauung" keine Stellungnahme durch den Handelsverband ergibt.  Zukünftig werde ich Ihren Hinweis entsprechend berücksichtigen und stehe für Rückfragen gern zur Verfügung.	Keine Abwägung erforderlich.					
7	Landesamt für Umwelt Brandenburg PF 60 10 61 14410 Potsdam	30.08.2021	20.09.2021	Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3 Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Anregungen und Hinweise der Fachbereiche Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die Belange zum Naturschutz obliegen der un-						

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, Ifd. Anschrift beteiliat Stelluna-Hinweise, Auflagen Abwägung **Abstimmuna** nahme vom Nr. am Ent-Anja nein Stand 13.10.2021 wehaltsentung de teren Naturschutzbehörde des Landkreises EE. Wasserwirtschaft Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung. Keine Abwägung erforderlich. **Immissionsschutz** Sachstand Planung: Mit der Planaufstellung wird seitens der Stadt Finsterwalde die Bereitstellung von Wohnbauflächen. Hierfür wird eine ca. 3.800 m² große Fläche südlich angrenzend an die Helenenstraße als reines Wohngebiet nach § 3 BauNVO festgesetzt. Innerhalb des Geltungsbereiches ist die Errichtung von zwei Einfamilienhäusern vorgesehen. Nach dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Finsterwalde ist der geplanten Geltungsbereich als Wohnbaufläche dargestellt. Die Planaufstellung erfolgt im vereinfachten Verfahren nach 13b BauGB. Stellungnahme: Die Planunterlagen mit Stand Vorentwurf vom 24.08.2021 wurden hinsichtlich der Übereinstimmung mit den Erfordernissen des vorbeugenden Immissionsschutzes geprüft. Danach bestehen ausgehend von Standortlage und dem im näheren Umfeld des Plangebietes vorhandenen Nutzungs-Keine Abwägung erforderlich. bestand keine Bedenken gegen die geplante Wohnbauflächenfestsetzung. Der Planaufstellung im beschleunigten Verfahren wird zugestimmt. Die Stellungnahme verliert ihre Gültigkeit mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen. Landesamt für Arbeits-30.08.2021 27.09.2021 die Belange der Sicherheit und Gesundheitsschutz von Be- Keine Abwägung erforderlich. schutz, Verbraucherschutz schäftigten werden durch das Vorhaben nicht berührt. Eine

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, Ifd. **Anschrift** beteiligt Stelluna-Hinweise, Auflagen Abwägung **Abstimmung** nahme vom Nr. am Anja nein Fnt-Stand 13.10.2021 wehalttung sende und Gesundheit weitere Beteiligung der Abteilung Arbeitsschutz ist nicht Horstweg 57 erforderlich. 14478 Potsdam Landkreis Elbe-Elster 30.08.2021 27.09.2021 Mit Schreiben vom 30. August 2021, eingegangen am 01. Amt für Kreisentwicklung September 2021, übersandten Sie Unterlagen zu dem o. g. Ludwig-Jahn-Straße 2 Vorhaben und bitten um die Stellungnahme der Kreisverwal-04916 Herzberg tung. Die entsprechenden Ämter bzw. Sachgebiete der Kreisverwaltung des Landkreises Elbe-Elster wurden beteiligt. Es ergehen nachstehende Auflagen und Hinweise. Die untere Naturschutzbehörde nimmt zum Vorhaben wie folat Stelluna. Im Vorentwurf zum B-Plan "Wohnbebauung Helenenstraße III" der Stadt Finsterwalde ist auf der Seite 13. Punkt 5.2 "Besonderer Artenschutz" zu entnehmen, dass aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen im Plangebiet die Verbotstatbestände des § 44 Bundesnaturschutzgesetz nicht einschlägig sind. Faunistische Untersuchungen sind insofern nicht erforderlich. Hinweis: Da es dem Vorentwurf an einer eigenständigen Biotopbe-Dem Hinweis wird gefolgt, es wird eine Biotopkartierung in die Begründung zum Planentwurf trachtung fehlt, wird empfohlen, diese im Entwurf nachzuholen, um die benannte Feststellung fachlich zu begründen. aufgenommen. Die untere Wasserbehörde sowie die untere Abfallwirt- Keine Abwägung erforderlich. schafts- und Bodenschutzbehörde haben keine Einwände gegen die Planung. Die untere Denkmalschutzbehörde teilt mit, dass zu o. g. Die genannten Träger öffentlicher Belange wurden Planung nachfolgende Träger öffentlicher Belange direkt im Verfahren beteiligt. vom Einreicher zu beteiligen ist, falls das nicht schon geschehen ist: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abteilung Praktische Denkmalpflege

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, Ifd. **Anschrift** beteiliat Hinweise, Auflagen Stellung-Abwägung **Abstimmuna** Nr. am nahme vom Anja nein Fnt-Stand 13.10.2021 haltwesentung de Wünsdorfer Platz 4/5 15806 Zossen / OT Wünsdorf Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abteilung Bodendenkmalpflege Außenstelle Cottbus Juri-Gagarin-Straße 17 03046 Cottbus Zu den vorgelegten Planunterlagen werden seitens der un-Dem Hinweis wird gefolgt. teren Bauaufsichtsbehörde grundsätzlich keine Bedenken vorgetragen. Es wird lediglich allgemein darauf hingewiesen, dass im weiteren Planverfahren eine sachgerechte Abwägung im Sinne von § 1 Abs. 7 BauGB sicherzustellen bzw. zu dokumentieren ist und ggf. erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung arten-Dem Hinweis kann nicht gefolgt werden, da das schutzrechtlicher Zugriffsverbote (§ 44 Abs. 1 BNatSchG) BauGB für unverbindliche Hinweise keine auf der Planurkunde des Bebauungsplanes - redaktionell Rechtsgrundlage enthält und darüber hinaus deutlich abgesetzt vom Festsetzungskatalog - als Hinweis aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen zum Planvollzug benannt werden könnten. Nutzung der Flächen die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 i.V.m Abs. 5 BNatSchG nicht einschlägig sind (siehe auch Begründung S. Die städtische Abteilung Ordnungsverwaltung Seitens der Brandschutzdienststelle muss flächendeckend hat mit E-Mail vom 27.09.2021 mitgeteilt, dass ein Löschwasservorrat von 48 m³/h (800 l/min) in für eine Zeit von zwei Stunden zur Verfügung stehen. Die benötigten aus zwei in der Nähe befindlichen Löschwas-Löschwasserentnahmestellen dürfen nicht weiter als 300 m serentnahmestellen der Grundschutz gesichert von einem Objekt entfernt sein (in Schlauchlänge gemes- ist. sen). Hydranten des Trinkwasserversorgers können ohne Bestätigung nicht berücksichtigt werden. Es ist zu beachten, dass die ausgewiesene Verkehrsfläche Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Bei bzw. in besonderen Fällen auf dem Grundstück für die Ander Helenenstraße handelt es sich bereits um ordnung von Flächen für die Feuerwehr entsprechend der eine beidseitig bebaute öffentliche Verkehrsfläche. die für die Feuerwehr nutzbar ist. Die be-Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr geeignet sein muss. Insbesondere in deren Abmaßen und Tragfähigbaubare Grundstückstiefe beträgt deutlich wekeiten. Im Zuge des Bauantragsverfahrens müssen entspre- niger als 50 m und entspricht demnach den

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, lfd. **Anschrift** beteiliat Hinweise, Auflagen Stellung-Abwägung **Abstimmuna** Nr. am nahme vom Anja nein Fnt-Stand 13.10.2021 wehaltsentung de Bestimmungen des § 5 BbgBO. chend § 5 Brandenburgischer Bauordnung diese Flächen nachgewiesen werden. Dabei handelt es sich um Bewegungsflächen ggf. auch um Aufstellflächen. Das Straßenverkehrsamt (Reg.Nr.: 2021U00546, SB; Frau Keine Abwägung erforderlich, Fischer, Tel. 035341/97 76 37) teilt mit, dass Vorschriften der StVO und des BbgStrG dem Bebauungsplan nicht entgegenstehen. Die Flächen sind verkehrlich erschlossen. Die Verkehrssicherungspflicht gemäß § 9 BbgStrG ist wei-Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. terhin zu gewährleisten. Daher ist der gegenwärtige Aus-Bei der Helenenstraße handelt es sich bereits bauzustand der Verkehrsflächen (Straßenbreite, Gehwege, um eine beidseitig bebaute öffentliche Ver-Straßenbeleuchtung) hinsichtlich der zukünftigen Nutzung kehrsfläche, zu der lediglich 2 Wohnhäuser hinzu prüfen und möglicherweise der Ausbau und die Anpaszutreten, wodurch es zu keiner messbaren sung der vorhandenen Verkehrsflächen im weiteren Verfah-Mehrbelastung kommt. Der Ausbauzustand entspricht den Anforderungen an eine Wohnanlieren voranzutreiben. gerstraße. Ob und wann ein weiterer Straßenausbau erforderlich wird, muss anhand einer Prioritätenliste und der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zum gegebenen Zeitpunkt festgelegt werden. Die Helenenstraße ist für Fahrzeuge bis 5 t tatsächliche Keine Abwägung erforderlich, die Hinweise werden Masse nutzungsbeschränkt. Der Anliegerverkehr ist freigezur Kenntnis genommen. stellt. Entsprechende Widmungsinhalte (Teileinziehung) sind mir nicht bekannt. Das Kataster- und Vermessungsamt teilt mit, dass bei der Für den Bebauungsplan wird eine Vermes-Aufstellung von Bebauungsplänen und Vorhaben- und Ersungsunterlage eines ÖBVI verwendet, der die schließungsplänen die Verwaltungsvorschrift zur Herstellung entsprechende Bescheinigung vor dem Satvon Planunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § zungsbeschluss vornimmt. Die Vermessung 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches liegt im amtlichen Lage- und Höhenbezugssys-(Planunterlagen VV) vom 16. April 2018 (ABI./18, [Nr. 17], S. tem vor und wird vor Satzungsbeschluss vom 389) zu beachten ist. ÖbVI bescheinigt werden. Die Gemeinde soll ihre Absicht, einen Bauleitplan aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen, der zuständigen Katasterbehörde zum frühestmöglichen Zeitpunkt mitteilen. Die Katasterbehörden sollen die Gemeinden hinsichtlich geeigneter Planunterlagen und gegebenenfalls erforderlicher Vermes-

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, Ifd. Anschrift beteiliat Stelluna-Hinweise, Auflagen Abwägung **Abstimmuna** nahme vom Nr. am Anja nein Fnt-Stand 13.10.2021 wehalttung sende sungsarbeiten beraten. Für die Herstellung der Planunterlagen für Bebauungspläne sind grundsätzlich die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure oder die Katasterbehörden zuständig, sofern der Bebauungsplan Bezug auf Flurstücksgrenzen nimmt. Der Bebauungsplan soll Angaben über die Grenzen und Beziehungen der Flurstücke in Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster, die vorhandenen baulichen Anlagen, die öffentlichen Straßen. Wege und Plätze sowie Geländehöhen enthalten (§ 1 Absatz 2 PlanZV). Die Planunterlage wird daher auf der Grundlage der Liegenschaftskarte hergestellt. Die Genauigkeit der Planunterlage muss dem Zweck, der mit dem Bebauungsplan verfolgt wird, entsprechen. Kartengrundlage und Planzeichnung sollen so genau sein. dass sich die Festsetzungen widerspruchsfrei und mit der dem Maßstab der Planzeichnung entsprechenden Genauigkeit auf die örtlichen Verhältnisse übertragen lassen. Die geometrisch eindeutige Darstellung erfordert den Anschluss an das amtliche Lage- und Höhenbezugssystem. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Herstellung der Planunterlagen für Bebauungspläne sowie Vorhaben - und Erschließungspläne im Rahmen der Aufstellung ein Katastervermerk von Seiten des Kataster- und Vermessungsamtes bzw. von einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur(in) regelmäßig zu erbringen ist, welcher über die geometrische Qualität der Planungsunterlage Auskunft gibt. Der Katastervermerk ist auf dem Original des Bebauungsplanes vor dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan zu bestätigen. Keine Abwägung erforderlich. Dem Entwurf zum Bebauungsplan zur Wohnbebauung in der Helenenstraße in Finsterwalde kann das Landwirtschaftsamt zustimmen. Es werden keine landwirtschaftlichen Nutzflächen beansprucht. Kompensationsbedarf gibt es möglicherweise. Dieser wurde | Beim Planverfahren handelt es sich um ein Ver-

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, Ifd. **Anschrift** beteiligt Stelluna-Hinweise, Auflagen Abwägung **Abstimmung** nahme vom Nr. am Anja nein Ent-Stand 13.10.2021 wehaltsentung fahren nach § 13b BauGB, der in Anwendung nicht konkretisiert. Es empfiehlt sich jedoch, diesen im Bebauungsplan festzuvon § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB von einer naturschutzrechtlichen Ausgleichsverpflichtung freisetzen. aestellt ist. Der genannte Träger öffentlicher Belange wurde Das Sachgebiet Kreisentwicklung macht darauf aufmerksam, dass sich das Vorhabengebiet unweit einer Kampfmitim Planverfahren beteiligt. telverdachtsfläche befindet (siehe Anlage). Als Träger öffentlicher Belange ist gegebenenfalls der Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg Kampfmittelbeseitigungsdienst Am Baruther Tor 20 15806 Zossen / OT Wünsdorf Telefon: 033702-2140 Telefax: 033702-214200 kampfmittelbeseitigungsdienst@polizei.brandenburg.de zu konsultieren. Die Realisierung des Vorhabens ist dem Sachgebiet Kreis-Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. entwicklung bekanntzugeben. Bei einem eventuellen Verzicht auf Durchführung ist ebenfalls eine Information hinsichtlich der Streichung des Vorhabens aus dem Planungskataster erforderlich. Des Weiteren bedarf die Planung und Durchführung des Die Versorgungsträger wurden im Verfahren Vorhabens der Abstimmung mit allen Versorgungsträgern. beteiligt. Sollten im Verlauf weitere Genehmigungen, Erlaubnisse u. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. ä. erforderlich werden, die aufgrund der eingereichten Unterlagen nicht absehbar waren, so sind diese rechtzeitig einzuholen. Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Sie ersetzt weder erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen noch privatrechtliche Zustimmungen und Vereinbarungen. Die Stellungnahme verliert bei wesentlicher Änderung der Planungsgrundlagen ihre Gültigkeit.

lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung		Beschlussfassung, Abstimmung				
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung		
10	Mitnetz Netzgesellschaft Strom mbH PF 156054 03060 Cottbus		30.08.2021	Innerhalb des Geltungsbereiches des genannten Bebauungsplanes sind keine Anlagen der envia Mitteldeutsche Energie AG, der envia THERM GmbH oder der envia TEL GmbH vorhanden. Bitte beachten Sie, dass im angezeigten Bereich auch Anlagen der Stadtwerke Finsterwalde GmbH vorhanden sein können.  Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden, so ist es notwendig, uns am weiteren Verfahren erneut zu beteiligen.  Fragen, Hinweise und Widersprüche zu dieser Stellungnahme senden Sie bitte grundsätzlich an folgende Anschrift: Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Annahofer Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz.  Dieses Schreiben hat eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren.	Keine Abwägung erforderlich.						
11	Deutsche Telekom Technik GmbH PF 10 04 33 03004 Cottbus	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorge- bracht werden können und deshalb abzuwägen wären.						
12	Abfallentsorgungsverband Schwarze-Elster Hüttenstraße 1c 01979 Lauchhammer	30.08.2021	06.09.2021	Mit Ihrer E-Mail vom 30.08.2021 wurde der Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.  In der Begründung sind keine Hinweise zur Abfallentsorgung ersichtlich.  Die Entsorgung von haushaltsähnlichen Abfällen obliegt gemäß § 20 KrWG i.V.m. § 3 BbgAbfBodG dem öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger.  Die Aufgabe des öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgers für das Plangebiet erfüllt der Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster, Hüttenstraße 1c, 017979 Lauchhammer.  Die satzungsrechtlichen Regelungen des Abfallentsorgungsverbandes (Verbandssatzung, Abfallentsorgungssatzung) in der jeweils gültigen Fassung sind hierbei zu beachten. Diese finden Sie auf der Internetseite des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster, unter	Hinweise zur Abfallentsorgung werden in die Begründung zum Entwurf aufgenommen.  Die anderen gegebenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.						

lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung		Beschlussfassung, Abstimmung				
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung		
13	Stadtwerke Finsterwalde GmbH Postfach 11 43 03231 Finsterwalde	30.08.2021	24.11.2020	www.schwarze-elster.de.  Des Weiteren sind die Informationen der DGUV Information 214-033, insbesondere die Abschnitte Mindestbreite, Wendeanlagen und Rückwärtsfahren, sowie die DGUV Regel 114-601 zu beachten, da das Abholen bzw. Entleeren der Behälter gefahrlos erfolgen muss.  Bei Fragen zu technischen Fahrzeugdaten wenden Sie sich bitte an das Entsorgungsunternehmen Remondis Brandenburg GmbH, Tel.: 035753/260200 da das Abholen bzw. Entleeren der Behälter gefahrlos erfolgen muss  Unter Beachtung dieser Hinweise haben wir keine Einwände zum o.g. Verfahren.  Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.  Die von Ihnen vorgelegten Antragsunterlagen wurden geprüft. Folgende Hinweise und Forderungen sind zu beachten:  1. Änderungen der von uns geprüften Unterlagen sind uns erneut zur Stellungnahme vorzulegen.  2. Die Versorgung des Bebauungsplanbereiches mit Trinkwasser, Gas und Elektroenergie ist durch vorhandene Leitungen an der angrenzenden Straße möglich.  3. In der Helenenstraße ist städtisches Kanalnetz vorhanden. Der Anschluss an den vorhandenen Schmutzwasserkanal ist möglich.	Keine Abwägung erforderlich.						
14	Netzgesellschaft Berlin- Brandenburg An der Spandauer Brücke 10 10178 Berlin	30.08.2021	02.09.2021	Die WGI GmbH wird von der NBB Netzgesellschaft Berlin- Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt)	Keine Abwägung erforderlich. Die Hinweise zu den außerhalb des Plangebiets liegende Gashochdruckleitungen werden zur Kenntnis genommen.						

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, Ifd. Anschrift beteiliat Stelluna-Hinweise, Auflagen Abwägung **Abstimmung** nahme vom Nr. am Ent-Anja nein Stand 13.10.2021 wehalttung sende Co. KG, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH (NGHGas), der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den beigefügten Planunterlagen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich der Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Dabei ist zu beachten, dass erdverlegte Leitungen nicht zwingend geradlinig sind und daher nicht auf dem kürzesten Weg verlaufen. Darüber hinaus sind aufgrund von Erdbewegungen, auf die die NBB keinen Einfluss hat, Angaben zur Überdeckung nicht verbindlich. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Ortung, Querschläge, Suchschlitze, Handschachtungen usw.) festzustellen. Im unmittelbaren Bereich der Leitung ist auf den Einsatz von Maschinen zu verzichten und in Handschachtung zu arbeiten. Die abgegebenen Planunterlagen geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer das Antwortschreiben mit aktuellen farbigen Planunterlagen vor Ort vorliegt. Digital gelieferte Planunterlagen sind in Farbe auszugeben. Bitte prüfen Sie nach Ausgabe die Maßstabsgenauigkeit. Die Auskunft gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für eigene Leitungen der NBB, sodass gegebenenfalls noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen und Netzbetreiber zu rechnen ist, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus den Planunterlagen ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind in den Plänen dokumentiert. Eine Versorgung des Planungsgebietes ist grundsätzlich durch Nutzung der öffentlichen Erschließungsflächen in Anlehnung an die DIN 1998 herzustellen. Darüber hinaus notwendige Flächen für Versorgungsleitungen und Anlagen

lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung		Beschlussfassung, Abstimmung				
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung		
15	50Hertz Transmission GmbH Heidestraße 2 10557 Berlin	30.08.2021	01.09.2021	sind gemäß § 9 Abs. 1 BauGB im Bebauungsplan festzusetzen.  Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.  Schnell und kostenlos: Die Leitungsplanauskunft online  Für die Bearbeitung aller Anfragen an die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG zum Leitungsbestand, zur Zustimmung zu Bauvorhaben und bei Beteiligung als Träger öffentlicher Belange steht das Leitungsauskunftsportal (LAP) der infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH unter www.infrest.de zur Verfügung.  Die NBB kann dauerhaft, unbegrenzt und kostenfrei mit dem Einmalzugang über das LAP beteiligt werden. Für mehrfache oder regelmäßige Nutzung empfehlen wir den Premiumzugang.  Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.  Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung äußern wir uns als Leitungsbetreiber nicht.  Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.							
16	Gewässerverband "Kleine-Elster – Pulsnitz" Finsterwalder Straße 32a 03249 Sonnewalde	30.08.2021	07.12.2020 V/5.2-21122)	aus der Sicht unserer Verantwortung für die öffentlichrechtliche Verbindlichkeit der Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung und den Zuständigkeiten entsprechend der §§ 77-79, 82 sowie 84 und 85 des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.03.2012 (GVBI. I/12, Nr. 20) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04.12.2017 (GVBI. I/17, Nr. 28) in	Keine Abwägung erforderlich.						

lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung	Besch Abstin			
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung
47		00.00.0004		Verbindung mit dem Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31.07.2009 (BGBI. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.06.2021 (BGBI. I S. 1699) sowie darüber hinaus vorliegender wasserwirtschaftlicher Erfahrungen und Erkenntnisse und der uns bekannten örtlichen Verhältnisse geben wir nach Prüfung der Unterlagen zu der o.g. Planung nachfolgend Stellung ab.  Dem Bebauungsplan "Wohnbebauung Helenenstraße III" der Stadt Finsterwalde stimmen wir zu. Es sind keine Gewässer II. Ordnung in unserer Unterhaltungspflicht betroffen,					
17	Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg KMBD 1.3 Außenstelle Cottbus Lipezker Straße 45, Haus 2 03048 Cottbus	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Keine Abwägung erforderlich.				
18	Polizeidirektion Süd Stab 1.3 (Verkehrsangele- genheiten) Juri-Gagarin-Str. 15/16 03046 Cottbus	30.08.2021	20.09.2021	das o.g. Bauvorhaben ist zur Anhörung bei der Polizeidirektion Süd zur Anhörung eingegangen. Aus verkehrsorganisatorischer Sicht bestehen keine Einwände. Die Anbindung der Grundstücke an die Helenenstraße sind baulich als Grundstückzufahrten herzustellen.	Keine Abwägung erforderlich.				
19	Bundesamt für Infrastruktur, Umwelttechnik und Dienstleistungen der Bundeswehr Postfach 2963 53019 Bonn		31.08.2021	Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Keine Abwägung erforderlich.				
20	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Inselstraße 26 03046 Cottbus	30.08.2021	08.09.2021	im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:  B Stellungnahme Keine Betroffenheit durch die Planung.  1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.	Keine Abwägung erforderlich.				

#### Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf Beschlussfassung, Ifd. **Anschrift** beteiliat Stelluna-Hinweise, Auflagen Abwägung **Abstimmung** nahme vom Nr. am Anja nein Ent-Stand 13.10.2021 wehaltsentung de Keine. 2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands. 3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Die Hinweise unter 3. Sind bereits in der Be-Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan: gründung enthalten. Geologie: Auskünfte zur Geologie, können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin § 8 ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufname sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentliche Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)). Lausitzer und Mitteldeut-30.08.2021 29.09.2021 Der Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes befindet Keine Abwägung erforderlich. sich außerhalb einer berg- und wasserrechtlichen sowie sche Bergbauwasserwirtschaftlichen Verantwortlichkeit der LMBV mbH Verwaltungsgesellschaft (LMBV). Zentrale und Betrieb Lau-Elektrotechnische und/oder sonstige Anlagen in Zuständig-Knappenstraße 1 keit der LMBV sind im Vorhabenbereich nicht vorhanden 01968 Senftenberg und auch nicht geplant. Der Grundwasserwiederanstieg im vom Bergbau beeinflussten Haupthangendgrundwasserleiter ist abgeschlossen. Der Ist-Wasserstand liegt bei +105,5 m NHN, Stand: 07/2021. Meteorologisch bedingte Schwankungen, insbesondere Extremsituationen, sowie die Bildung von schwebendem Grundwasser über möglichen oberflächennahen Stauern (wie Ton, Lehm, Schluff etc.) sind zu berücksichtigen. Da der Planungsbereich nicht von betriebsbedingten Tätigkeiten der LMBV beeinflusst ist und außerhalb der aktuellen Grundwasserbeeinflussung liegt, ist das Bewerten von baurechtlich genehmigungspflichtigen Vorhaben nach §§ 110

bis 113 BbergG nicht erforderlich.

lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung		lussfas nmung	sung,	
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung
				Sofern sich der Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes nicht verändert, ist das Einbeziehen der LMBV in das weiterführende Planverfahren nicht erforderlich.					
22	Landesbüro der anerkann- ten Naturschutzverbände GbR Haus der Natur Lindenstraße 34 14467 Potsdam	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
	Regionale Planungsstelle Lausitz-Spreewald Gulbener Straße 24 03046 Cottbus	30.08.2021	24.09.2021	die Regionalen Planungsgemeinschaften sind nach dem "Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung" (RegBkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBI.I Nr. 13), u geändert durch Gesetz vom 30. April 2019 (GVBI.I/19, [Nr. 11]), Träger der Regionalplanung.  Für die Stellungnahme gelten die folgenden Grundlagen:  - Sachlicher Teilregionalplan II "Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe", veröffentlicht am 26. August 1998 im Amtlichen Anzeiger für Brandenburg Nr. 33  - Aufstellungsbeschluss des integrierten Regionalplanes der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald vom 20.11.2014  - Beschluss der Satzung über dem sachlichen Teilregionalplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald vom 17.06.2021  - Keine Einwendungen	Keine Abwägung erforderlich.				
24	Verkehrsmanagement Elbe-Elster GmbH Nach dem Horst 43 03238 Finsterwalde	30.08.2021	30.08.2021	Die VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH hat gegen das o. g. Vorhaben keine Einwendungen.					
25	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung Oscar-Kjellberg-Straße15 03238 Finsterwalde	30.08.2021	09.09.2021	Mit Schreiben vom 30.08.2021 haben Sie das oa. Vorhaben angezeigt, zu welchem hiermit zuständigkeitshalber die Stellungnahme ergeht. Als Träger öffentlicher Belange im Bereich Agrarstruktur besitzt das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) Dienstsitz Finsterwalde eine besondere Verantwortung für	Keine Abwägung erforderlich.				

lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung		Beschlussfassung, Abstimmung		
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung
				die Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft und für die Landentwicklung. In dieser Funktion und als zuständige Flurbereinigungsbehörde wird zur geplante Maßnahme Stellung genommen.  Aus bodenordnerischer Sicht ergeht keine Stellungnahme, ein Flurbereinigungsverfahren ist von den vorgelegten Planungen nicht betroffen.					
26	Stadtverwaltung Doberlug- Kirchhain Am Markt 8 03253 Doberlug-Kirchhain	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
27	Stadtverwaltung Sonnewalde Schulstraße 3 03249 Sonnewalde	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
28	Amt Kleine Elster (Nieder- lausitz) Turmstraße 5 03238 Massen	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
29	Amt Plessa Steinweg 6 04926 Plessa	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorge- bracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
30	Stadt Lauchhammer Liebenwerdaer Straße 69 01979 Lauchhammer	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
31	Amt Elsterland Kindergartenstraße 2a 03253 Schönborn	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
32	Abteilung öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Finsterwalde	30.08.2021	27.09.2021	es gibt zwei Löschwasserentnahmestellen: Helenenstr./Hildegardstraße 715l/min Helenenstr./Marienstraße 905 l/min Diese sollten denn Grundschutz absichern.	Keine Abwägung erforderlich.				
32	Abteilung Tiefbau und Grünpflege der Stadt Finsterwalde	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				
34	Abteilung Liegenschafts- und Gebäudemanagement der Stadt Finsterwalde	30.08.2021		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	Es sind keine Belange bekannt, die hätten vorgebracht werden können und deshalb abzuwägen wären.				

Ab	Abwägung zu den Stellungnahmen zum Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung Helenenstraße III" - Vorentwurf										
lfd. Nr.	Anschrift	beteiligt am	Stellung- nahme vom	Hinweise, Auflagen	Abwägung	Besch Abstir	•				
					Stand 13.10.2021	An- we- sen- de	ja	nein	Ent- halt- tung		
35	Industrie- und Handels- kammer Cottbus Goethestraße 1 03046 Cottbus	30.08.2021	20.09.2021	vielen Dank für die Übersendung der Planunterlagen zu o.g. Vorhaben.	Keine Abwägung erforderlich.						

frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durch Auslegung der Planunterlagen und Erörterung in der Zeit vom 27.09.2021 bis einschließlich 12.10.2021

Während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wurden keine Hinweise, Anregungen oder Stellungnahmen vorgetragen.